

**Satzung des Vereins  
„KUNSTSTOFF INITIATIVE OBERBERG – KIO e.V.“**

**§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr**

1. Der Verein führt den Namen „**KUNSTSTOFF INITIATIVE OBERBERG – KIO e.V.**“ und ist in dem Vereinsregister, Amtsgericht Köln, unter Nr. 37VR1382 eingetragen.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Gummersbach.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

**§ 2 Zweck des Vereins**

1. Zweck des Vereins ist
  - die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts Oberbergischer Kreis selbst, durch die Förderung des definierten Kompetenzfeldes Kunststoff und kunststoffnahe Branchen sowie
  - der Aufbau eines Clusters und die systematische Betreuung der Unternehmensentwicklung seiner Mitglieder.
2. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch
  - die Schaffung eines wachstums-, gründungs- und ansiedlungsfreundlichen Klimas für Anbieter aus dem Bereich Kunststoff in der Region, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU)
  - die Aufschließung der regionalen Unternehmen für innovationsorientierte Maßnahmen und Projekte
  - die Etablierung, Sicherung und Weiterentwicklung der aufgebauten Marke „KIO“
  - die dispositive Vorbereitung von Geschäftsaktivitäten unter der Marke „KIO“
  - den Aufbau und die systematische Betreuung eines Anbieter–Netzwerkes
  - Öffentlichkeitsarbeit
3. Der Verein kann eine Projektgruppe beauftragen, die mit Durchführungsaufgaben betraut wird. Zum Zwecke der Auslagerung bestimmter Tätigkeitsbereiche kann der Verein Gesellschaften gründen, die im Sinne dieser Satzung tätig werden. Derartige Unternehmen sind wirtschaftlich und gesellschaftsrechtlich vom Verein getrennt zu halten und sie dürfen keine Änderung an den Zielsetzungen des Vereins bewirken. Der Verein kann sich an der Gründung von Gesellschaften oder an schon existierenden Gesellschaften beteiligen.

### **§ 3 Mitgliedschaft**

1. Mitglieder des Vereins können volljährige, natürliche und juristische Personen, Handelsgesellschaften (OHG, KG) oder andere Personenvereinigungen (BGB-Gesellschaften), Körperschaften, nicht rechtsfähige Vereine und Behörden werden.
2. Der Verein hat ordentliche und fördernde Mitglieder. Fördernde Mitglieder müssen bereit und in der Lage sein, durch besondere fachliche und/oder wissenschaftliche Kenntnisse den Verein und seine Gremien zu unterstützen und zu beraten. Sie sind nicht zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrages verpflichtet.
3. Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet der Vorstand durch Beschluss aufgrund eines schriftlichen Antrages. Die Mitgliedschaft ist erworben, wenn die Beitrittserklärung durch Vorstandsbeschluss angenommen ist. Der Vorstand entscheidet nach freiem Ermessen über den Antrag der Aufnahme. Gegen eine ablehnende Entscheidung kann innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Monat ab Zugang der schriftlichen Ablehnung Einspruch beim Vorstand zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung eingelegt werden. Diese entscheidet endgültig über die Aufnahme.
4. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Aufnahmebeschluss.
5. Die Mitgliederversammlung kann natürliche Personen (§ 3 Ziff. 1), die im Kontext einer Mitgliedschaft langjährig für den Verein tätig waren oder sich in besonderer Weise um den Verein verdient gemacht haben, die Ehrenmitgliedschaft verleihen. Das Ehrenmitglied hat den Status eines ordentlichen Mitglieds. Es besteht Beitragsfreiheit.

### **§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen sämtliche Rechte des Mitglieds, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben haben. Das ausgeschiedene Mitglied hat insbesondere keinerlei Ansprüche auf das Vereinsvermögen. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Auflösung bzw. Liquidation, Austritt oder Ausschluss aus wichtigem Grund.
2. Jedes Mitglied kann unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand zum Ende eines Geschäftsjahres austreten.
3. Der Vorstand kann Mitglieder des Vereins aus wichtigen Gründen ausschließen, wenn das Verhalten des Mitgliedes in grober Weise gegen die Interessen des Vereins oder die Satzung verstößt. Ein wichtiger Grund liegt auch vor, soweit das Mitglied mit seinem Jahresbeitrag trotz zweimaliger Mahnung länger als 3

Monate in Rückstand ist. Bevor der Ausschluss durch den Vorstand beschlossen und ausgesprochen wird, ist dem Mitglied Gelegenheit zur schriftlichen Äußerung gegenüber dem Vorstand zu geben.

Der Vorstand kann auch einen differenzierten Sanktionskatalog beschließen.

Gegen den Beschluss des Vorstands auf Beendigung der Mitgliedschaft kann das Mitglied die Entscheidung der nächsten Mitgliederversammlung als Rechtsbehelf anrufen. Dieser Rechtsbehelf ist binnen einer Ausschlussfrist von einem Monat nach Zugang des Ausschlussbeschlusses vom Mitglied beim Vorstand schriftlich einzulegen. Der Vorstand hat binnen acht Wochen nach fristgemäßer Einlegung des Rechtsbehelfs eine Mitgliederversammlung einzuberufen, die über den Ausschluss endgültig entscheidet.

Lässt das betroffene Mitglied die Frist für die Einlegung des Rechtsbehelfs ungenutzt verstreichen, so endet seine Mitgliedschaft im Verein mit dem Ablauf dieser Frist beziehungsweise mit bestätigendem Beschluss der Mitgliederversammlung.

### **§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

1. Die Mitglieder sind gehalten, die Ziele und Interessen des Vereins zu unterstützen.
2. Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen des Vereins zu benutzen und an den Veranstaltungen teilzunehmen.

### **§ 6 Mitgliedsbeiträge und Entgelte**

1. Die Mittel des Vereins werden insbesondere aufgebracht durch Mitgliedsbeiträge, durch außerordentliche Zuwendungen und durch Entgelte für Dienstleistungen.
2. Die Höhe der Mitgliederbeiträge wird von der Mitgliederversammlung festgesetzt. Der Beitrag ist jeweils am 1. Januar eines Kalenderjahres fällig. Er ist im Voraus zu entrichten. Im Jahr des Beitritts wird der Mitgliedsbeitrag anteilig ab dem Monat des Beitritts berechnet.
3. Die für die Mitgliedsbeiträge von Unternehmen maßgeblichen Jahresumsätze können jährlich im Rahmen einer freiwilligen Selbstauskunft abgefragt werden. Sofern die Selbstauskunft nicht fristgerecht erfolgt, entscheidet der Vorstand über das weitere Vorgehen.
4. Das Stimmrecht eines Mitgliedes ruht so lange, wie es mit dem Beitrag im Rückstand ist.
5. Die Beendigung der Mitgliedschaft befreit das ehemalige Mitglied nicht von den bis dahin entstandenen fälligen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Verein.

6. Der Vorstand kann nach eigenem Ermessen Beiträge stunden oder ganz oder teilweise erlassen.
7. Den Mitgliedern steht es frei, außerordentliche Beiträge in der Form von Umlagen zu leisten, sofern dies zur Bewältigung besonderer, durch den Vereinszweck gedeckter, Vorhaben erforderlich ist.

### **§ 7 Vermögen**

1. Der Etat des Vereins wird vom Vorstand unter Berücksichtigung des Finanzbedarfs des Vereins für das nächstfolgende Jahr aufgestellt. Nicht verausgabte Beträge werden auf neuer Rechnung vorgetragen.
2. Der Rechnungsabschluss für das jeweils laufende Vereinsjahr wird durch zwei von der Mitgliederversammlung bestimmten Kassenprüfern festgestellt. Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von einem Jahr die Kassenprüfer. Die Kassenprüfer sind nicht Mitglied des Vorstands. Anstatt der Kassenprüfer kann die Mitgliederversammlung einen sachverständigen Dritten mit der Prüfung und Berichterstattung über die Kassengeschäfte beauftragen.
3. Über die erfolgte Prüfung ist ein schriftlicher Nachweis über die erfolgte Prüfung zu erstellen.
4. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins und erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins weder einbezahlte Beträge zurück, noch haben sie irgendeinen Anspruch auf das Vereinsvermögen. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

### **§ 8 Organe des Vereins**

1. Die Organe des Vereins sind
  - die Mitgliederversammlung (§ 9)
  - der Vorstand (§ 11)
2. Der Vorstand kann einen Beirat berufen, dessen Aufgabe es ist, den Verein und die Organe des Vereins bei der Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben zu beraten und zu unterstützen (§13).

### **§ 9 Mitgliederversammlung**

1. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist jährlich vom Vorstand unter Einhaltung einer Ladungsfrist von zwei Wochen und unter Bekanntgabe der festgesetzten Tagesordnung, Ort und Datum schriftlich einzuberufen. Das

Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied des Vereins schriftlich bekanntgegebene Adresse gerichtet ist. Jedes Vereinsmitglied kann bis spätestens eine Woche vor der Versammlung die Ergänzung der Tagesordnung schriftlich beantragen. Die Entscheidung über die Ergänzung der Tagesordnung liegt im Ermessen des Vorstandes.

2. Der Vorstand hat eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins dies erfordert oder mehr als 1/3 der Mitglieder dies schriftlich verlangen.
3. Der Vorstand hat in der ordentlichen Mitgliederversammlung einen Jahresbericht, eine Jahresrechnung sowie einen Plan für die vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben vorzulegen.
4. Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:
  - Wahl und Abberufung des Vorstandes
  - Entgegennahme und Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung des Vorstandes
  - Beschlussfassung über die Jahresrechnung und die Entlastung des Vorstandes
  - Genehmigung des Etats über die vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben und die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge
  - Satzungsänderungen, Erlass einer Geschäftsordnung und alle sonstigen ihr vom Vorstand vorgelegten Angelegenheiten sowie über die ihr nach der Satzung übertragenen Aufgaben
  - Berufung der Mitglieder eines Beirates gemäß § 13 der Satzung
  - Auflösung des Vereins
  - Entscheidung über Rechtsbehelfe bei Ablehnung eines Aufnahmeantrags bzw. bei Ausschließung eines Mitgliedes durch den Vorstand,
  - die Wahl der Rechnungsprüfer
5. Die nicht öffentliche Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, im Verhinderungsfalle von seinem Stellvertreter geleitet. Über Sitzungen der Mitgliederversammlung ist unter Angabe des Ortes und der Zeit der Versammlung sowie der Teilnehmer ein Protokoll anzufertigen, in dem die gefassten Beschlüsse unter Angabe der Abstimmungsergebnisse festgehalten werden. Das Protokoll ist vom Versammlungsleiter zu unterzeichnen.
6. Der Vorstand kann nach seinem Ermessen eine virtuelle oder hybride Mitgliederversammlung beschließen und in der Einladung mitteilen, dass die Mitglieder an der Mitgliederversammlung ohne körperliche Anwesenheit an einem Versammlungsort teilnehmen und ihre Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation ausüben können (zum Beispiel per E-Mail, Online-Formular) oder aber ihre Stimme im Vorhinein ohne Anwesenheit bzw. Teilnahme an der hybriden bzw. virtuellen Mitgliederversammlung schriftlich (in Textform oder per E-Mail) abgeben können.

## **§ 10 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung**

1. Jedes anwesende ordentliche Mitglied hat eine Stimme. Juristische Personen, Körperschaften und alle sonstigen Vereinigungen sind formell durch eine Person und eine Stimme vertreten.
2. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
3. Zu Beginn der Versammlung bestimmt die Mitgliederversammlung einen Protokollführer. Ein Vorschlag hierzu soll in der Einladung unterbreitet werden.
4. Bei Wahlen und Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der stimmberechtigten und anwesenden Mitglieder, d. h. die Mehrheit der Ja- gegenüber den Nein-Stimmen, soweit in dieser Satzung oder zwingend im Gesetz nichts Anderes vorgeschrieben ist. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltungen gelten als ungültige Stimmen.
5. Fördernde Mitglieder und Ehrenmitglieder können an den Beratungen der Mitgliederversammlung teilnehmen. Sie haben Rederecht, jedoch kein Stimmrecht und kein Antragsrecht.
6. Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Mitglieder. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder bleiben außer Betracht.
7. Die Abstimmung erfolgt grundsätzlich durch Handzeichen oder in elektronischer Weise. Wahlen werden allerdings geheim, schriftlich durch Stimmzettel oder ein geeignetes elektronisches Medium durchgeführt, es sei denn, alle Versammlungsteilnehmer sind mit der Entscheidung durch Handzeichen einverstanden.
8. Bei Wahlen bestimmt der Versammlungsleiter für die Dauer des Wahlgangs und der vorhergehenden Diskussion einen Wahlleiter. Dieser muss nicht Vereinsmitglied sein.

## **§ 11 Vorstand**

1. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem 1. und 2. stellvertretenden Vorsitzenden, bis zu sechs Beisitzern sowie der Geschäftsführung.
2. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende, der 1. und 2. stellvertretende Vorsitzende sowie die Geschäftsführung. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch mindestens zwei Vorstände gemeinschaftlich vertreten.

3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung aus dem Kreis der ordentlichen Mitglieder für die Dauer von zwei Jahren, ab dem Wahljahr 2027 für die Dauer von vier Jahren gewählt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Der Vorstand bleibt so lange im Amt bis eine Neuwahl erfolgt. Eine Wiederwahl ist zulässig. Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen einen Nachfolger wählen.
4. Der Vorstand entscheidet über alle Angelegenheiten des Vereins, die nicht durch die Satzung ausdrücklich der Mitgliederversammlung übertragen sind. Die Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Mehrheit beschlossen. Im Fall der Stimmgleichheit bei der Beschlussfassung des Vorstandes gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Der Vorstand beschließt in Sitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, einberufen werden. Die Sitzungen des Vorstands können ebenfalls in virtueller oder hybrider Form erfolgen. Die Beteiligung an virtuellen oder hybriden Sitzungen ist dabei im Wege der elektronischen Kommunikation (insbesondere per E-Mail oder telefonisch) möglich. Ein Beschluss ist auch ohne Vorstandssitzung gültig, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Beschluss in Textform erklären. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind.
5. Sämtliche Vorstandsmitglieder sind ehrenamtlich tätig, eine adäquate Aufwandsentschädigung kann jedoch im Ermessen des Vorstandes gewährt werden.
6. Der Vorstand erstellt für den Verein eine Geschäfts- und Beitragsordnung, die der Mitgliederversammlung zur Zustimmung vorzulegen ist.
7. Das Amt eines Vorstandsmitgliedes endet:
  - durch Ablauf der Amtszeit;
  - mit der Niederlegung des Amtes;
  - mit der Abberufung durch die Mitgliederversammlung;
  - mit dem Ausscheiden des Vorstandsmitglieds bzw. der durch ihn vertretenden Institution aus dem Verein;
  - durch Tod.
8. Der Vorstand kann besondere Vertreter bestellen oder der Mitgliederversammlung einen Geschäftsführer zur Wahl vorschlagen, der der Weisung und Aufsicht des Vorstands unterliegt. Der Vorstand muss in diesem Falle mit dem Geschäftsführer einen Vertrag abschließen, der den Umfang der Tätigkeit und die Vergütung festlegt.
9. Der Vorstand entscheidet überdies über die Einstellung weiterer Mitarbeiter.

## **§ 12 Geschäftsführung**

1. Die Geschäftsführung wird durch einen Bediensteten des Oberbergischen Kreises wahrgenommen. Die die Geschäftsführung wahrnehmende Person nimmt als stimmberechtigtes Vorstandsmitglied für den Oberbergischen Kreis an den Vorstandssitzungen teil.
2. Die Tätigkeit der Geschäftsführung wird durch eine separate Geschäftsführungsordnung geregelt.

## **§ 13 Beirat**

1. Zur Beratung des Vorstandes und als verbindendes Element zu den Veranstaltungen und Projektinitiativen des Vereins kann ein Beirat gebildet werden, der aufgrund seiner Kenntnisse zur Erfüllung des Vereinszwecks beiträgt. Der Beirat berät insbesondere das jährliche Arbeitsprogramm und gewährt dem Vorstand fachliche Unterstützung.
2. Die Mitglieder des Beirates werden auf Vorschlag des Vorstandes von der Mitgliederversammlung gewählt. Mitglieder des Beirates müssen nicht Mitglieder des Vereins sein. Die Zahl der Beiratsmitglieder soll 10 Personen nicht überschreiten. Die Sitzungen des Beirates, der jährlich mindestens zweimal zur Beratung zusammentreffen soll, werden vom Vereinsvorstand einberufen und geleitet.
3. Die Mitglieder des Beirats sind ehrenamtlich tätig.

## **§ 14 Auflösung des Vereins und Anfall des Vereinsvermögens**

1. Anträge auf Auflösung des Vereins können nur vom Vorstand oder von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Vereins gestellt werden.
2. Über die Auflösung des Vereins entscheidet die Mitgliederversammlung durch Beschluss mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder.
3. Bei Auflösung und Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden.
4. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.
5. Die Liquidation erfolgt durch den Vorstand. Der Vorstand entscheidet über die Weiterverwendung des Vereinsvermögens.

## **§ 15 Datenschutz im Verein**

1. Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der Vorgaben der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein verarbeitet.
2. Soweit die in den jeweiligen Vorschriften beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, hat jedes Vereinsmitglied insbesondere die folgenden Rechte:
  - das Recht auf Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
  - das Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
  - das Recht auf Löschung nach Artikel 17 DS-GVO,
  - das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO,
  - das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO und
  - das Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DS-GVO.
3. Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als der jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.

## **§ 16 Inkrafttreten der Satzung**

Die Vereinssatzung in der vorliegenden Form wurde von der Mitgliederversammlung am 12.03.2025 einstimmig beschlossen.

Radevormwald, den 12.03.2025

\*\*\*